

Verantwortung für Jugend – Qualitätssicherung und Perspektiven in der Jugendkriminalrechtspflege

Bericht vom 26. Deutschen Jugendgerichtstag

■ Heinz Cornel

Vom 25. bis 28. September 2004 fand in Leipzig der 26. Deutsche Jugendgerichtstag statt. Der Jugendgerichtstag wurde vom – später einstimmig wieder gewählten – Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen Prof. Dr. Bernd- Rüdiger Sonnen eröffnet. Nachdem u. a. die Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries und der Sächsische Staatsminister der Justiz Thomas de Maiziere Grußworte gesprochen hatten, hielt der Vize-Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Winfried Hassemer den Eröffnungsvortrag über Jugend im Strafrecht. Das anschließende wissenschaftliche Hauptreferat von Prof. Dr. Wolfgang Heinz stellte den Stand der Evaluationsforschung hinsichtlich jugendstrafrechtlicher Sanktionen dar und wies vor allem und vielfach daraufhin, dass wir ganz häufig über die Wirkungen richterlichen Handelns nichts wissen. Am Abend begrüßte der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig Wolfgang Tiefensee im Neuen Rathaus die Teilnehmer der Veranstaltung.

In den folgenden Tagen berieten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen in sechzehn Arbeitskreisen, die zwei Foren zugeteilt waren unter verschiedenen Blickwinkeln zum einen über die Themen: „Was können wir? – Handlungsfelder, Perspektiven und Qualitätssicherung“ und zum anderen unter der Überschrift: „Was wissen wir? – Theorie und Methoden“. Die Ergebnisse dieser auf mehreren Referaten basierenden vielstündigen Diskussionen beispielsweise über so genannte Inten-

sivtäter, über Kommunikation und Kooperation, über Alternativen zur Justiz, über ambulante Maßnahmen, Schule, aber auch Erkenntnisse der Wirkungsforschung, die Diagnostik in der sozialen Arbeit, über Medienkompetenz und mediale Verwahrlosung sowie die EU-Osterweiterung wurden am Nachmittag des dritten Tages in den Foren diskutiert und zusammengefasst. Diese Ergebnisse sowohl der einzelnen Arbeitskreise als auch der Foren werden, wie bei allen Jugendgerichtstagen üblich, bald publiziert werden.

Am Vormittag des vierten Tages wurden die Thesen dieser beiden Foren auf dem Abschlussplenum ebenso beschlossen wie eine Resolution für ein bundeseinheitliches Kinder- und Jugendhilferecht. Alle Teilnehmer betonten, dass es bei der Bundeskompetenz bezüglich der Kinder- und Jugendhilfe bleiben müsse, weil junge Menschen in belasteten Lebenslagen Unterstützung und Hilfe unabhängig von der finanziellen Situation der Länder benötigen.

Der Jugendgerichtstag kritisierte in seinen Thesen, dass Kriminalpolitik und jugendstrafrechtliche Praxis häufig im Blindflug durchgeführt werden, weil man über wenige Basisdaten zur Jugendkriminalrechtspflege verfüge. In den Thesen wird ausgeführt, dass angesichts oftmals schwieriger, von Beziehungsabbrüchen gekennzeichneten Biografien der jungen Menschen, die im besonderen Maße strafrechtlich auffallen, und der Langfristigkeit menschlicher Veränderungs-

prozesse in Bezug auf vielfach jahrelang verfestigte Verhaltensmuster, Beziehungsintensität und Beziehungskontinuität Kern jeder effektiven Intervention sei. Deshalb bestehe ein dringendes Bedürfnis nach Klarheit der Finanzierung ambulanter Maßnahmen. Ausdrücklich weisen die Thesen auch auf die Wichtigkeit der Kooperation aller professionellen Beteiligten hin. Diese müsse losgelöst vom Einzelfall in regionalen Netzwerken stattfinden, um in konkreten Situationen effektiv zu werden. Eine Spezialisierung der Akteure erleichtere die Kooperation und stehe nicht im Konflikt mit sinnvoller Regionalisierung. Einig waren sich die Teilnehmer auch, dass die derzeit zu beobachtenden Verschärfungstendenzen im Jugendstrafrecht allen fachlichen Erkenntnissen in Bezug auf effektive Veränderung von Jugendkriminalität widersprächen. Es wird in dem Abschlussdokument darauf hingewiesen, dass im Vergleich zu den deutschsprachigen Nachbarländern Deutschland eine extrem strafrechtliche Orientierung des Jugendstrafrechts zeige. Den Erziehungsgedanken wollen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen weiterhin als unverzichtbaren Kern des Jugendstrafrechtes sehen. Der vorliegende eferentenentwurf zu einem Jugendstrafvollzugsgesetz wird im Wesentlichen befürwortet. Gefordert wurde, dass sich eine Kriminalpolitik im Jugendstraf- und Jugendhilferecht, die sich um Rationalität bemüht, stärker um kriminologische Wirkungsforschung bemühen müsse, die in anderen Ländern wesentlich weiterentwickelt sei als in Deutschland. Insbesondere mänge-

le es hier zu Lande an methodisch anspruchsvollen Vergleichsgruppenuntersuchungen. Hier gibt es also einigen Nachholbedarf, aber auch die Forderung, die vorhandenen Forschungsergebnisse, insbesondere umfangreiche Metaanalysen zu berücksichtigen. Die Ertragsanalysen vorhandener Studien ergeben vor allem, dass abschreckend gedachte Sanktionen, wie z. B. der Jugendarrest, boot-camps oder Gefängnisbesuchsprogramme, die Legalbewährung nicht fördern, und dass ambulante Angebote und insbesondere der Täter-Opfer-Ausgleich eine günstigere spezialpräventive Wirkung haben. Der Jugendgerichtstag wies auch darauf hin, dass das Bemühen um rationales, erzieherisch wirksames jugendstrafrechtliches Handeln es erfordere, auch im Jugendhilfebereich die Qualität der sozialen Arbeit methodisch besser zu fundieren, sich an Qualitätsstandards messen zu lassen und verlässliche Diagnoseverfahren sowie zielgenauere Angebote einzusetzen. Alle herkömmlichen und neuen Maßnahmen müssten sorgfältig evaluiert werden. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass in den osteuropäischen Nachbarländern in der EU der Erziehungsgedanke als unverzichtbare Grundlage eines in den Rechtsfolgen ausdifferenzierten rechtstaatlich begrenzten Jugendstrafrechts erachtet werde und die Zusammenarbeit nötig sei.

Insgesamt waren die etwa 800 Teilnehmer und Teilnehmerinnen vor allem aus Jugendhilfe, Justiz und Wissenschaft offensichtlich zufrieden und es gelang – vielleicht auch aufgrund der Straffung des Jugendgerichtstags gegenüber seinen Vorgängern – in Leipzig ein interdisziplinärer Diskurs zwischen Theorie und Praxis, Berufsanfängern und erfahrenen Praktikern. Wenn dabei auch von allen Beteiligten Kompromisse einzugehen waren – der Jugendgerichtstag hat bewiesen, dass er das wichtigste Forum der Jugendkriminalrechtspflege bleibt, was nicht allen traditionellen Großveranstaltungen dieser Art gelingt.

Prof. Dr. Heinz Cornel lehrt Jugendrecht, Strafrecht und Kriminologie an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin und ist Mitherausgeber dieser Zeitschrift